

Landesinitiative:

Bürgerentscheid bei Planung nicht gefragt

Lünen. Nach der Entscheidung des Rates gegen den Antrag der Kraftwerksgegner kritisiert die Initiative „Mehr Demokratie“, dass anders als in einigen anderen Bundesländern Bürgerentscheide zur Ansiedlung von Kraftwerken in Nordrhein-Westfalen nicht möglich sind.

Die Initiative weist darauf hin, dass die Gemeindeordnung Abstimmungen über Bauleitplanungsfragen ebenso ausschließt wie über Anlagen, die ein Planfeststellungsverfahren durchlaufen müssen oder dem Immissionschutzrecht unterliegen. „Selbst die Räte dürfen verbindliche Abstimmungen hierüber nicht ansetzen“, bedauert Daniel Schily, Landesgeschäftsführer von Mehr Demokratie. Verwiesen wird auf die saarländische Gemeinde Ensdorf, wo sich die Bürger im November in einer Einwohnerbefragung gegen den Bau eines Kohlekraftwerks ausgesprochen hatten. Der Energieversorger RWE hatte daraufhin seine Baupläne aufgegeben. Das Ergebnis der Abstimmung in Ensdorf habe im Rahmen der Diskussion über den Schutz des Weltklimas auch andernorts Forderungen nach Bürgerentscheiden über den Bau neuer Kohlekraftwerke nach sich gezogen, so die Initiative. So habe der frühere Präsident des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, Hinrich Kuessner (SPD), eine Volksbefragung zum Bau eines umstrittenen Steinkohlekraftwerks in Lubmin gefordert. Im niedersächsischen Dörpen habe eine Bürgerinitiative einen Bürgerentscheid über ein geplantes Steinkohlekraftwerk verlangt. Und in Brandenburg laufe derzeit eine Volksinitiative gegen neue Braunkohle-Tagebaue.

Infos unter: www.mehr-demokratie.de/nrw